

# akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ  
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

10|2020



»Für eine bessere Zukunft«

Foto: Montagsdemonstration, Leipzig, 1989; Bundesarchiv, Bild 183-1989-1211-036 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, commons.wikimedia.org

**Die nachstehende Erklärung wurde vom Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden verabschiedet. Bisher haben die meisten Vorstände der im OKV vertretenen Vereine und Gruppierungen sowie zahlreiche Einzelpersonen dieser Erklärung ihre Zustimmung gegeben.**

Vor 30 Jahren »trat« die DDR der BRD bei. Viele DDR-Bürger hatten die Illusion, im nunmehr vereinten Deutschland ein friedliches, freies, gleichberechtigtes und wohlhabendes Leben führen zu können. Diese Illusion hat sich für die meisten Bürger nicht erfüllt. Sie sind gestrandet in einem Gesellschaftssystem der Raffgier und des Geldes. Sie leben in einem Staat, der Kriege führt, beim Waffenexport führend ist, die EU im Interesse des Kapitals dominiert, weltweit durch bewaffnete Interventionen und durch Ausbeutung von Mensch und Natur große Zerstörung, Elend, Armut und folglich Ströme von Flüchtlingen und Migranten erzeugt, die dann im Mittelmeer ertrinken können oder von der EU-Wertegemeinschaft in menschenunwürdigen Lagern ihrem Schicksal überlassen werden.

Besonders schockiert, dass wir nun in einem Staat leben, in dem die Herrschenden Russland und seine führenden Repräsentanten auf das Übelste verleumden und politisch, militärisch und wirtschaftlich erpressen.

Die Mehrzahl der Bürger der DDR, die sich für eine bessere Zukunft engagiert hatten, wollen einen solchen Staat nicht. Sie wollen, dass Frieden, Freiheit und Menschenwürde keine leeren Floskeln bleiben. Sie werden niemals vergessen, dass die Sowjetunion Deutschland vom Faschismus befreit und dafür viele Millionen Menschenopfer erbracht hat. Freundschaft und friedliche Beziehungen mit Russland sind ihnen ein Herzensbedürfnis. Ebenso freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China. Wir fordern die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten und die Aufhebung aller Sanktionen.

Die Virus-Pandemie hat die Unfähigkeit dieses kapitalistischen Gesellschaftssystems zur Lösung der wichtigsten Probleme der Menschheit offengelegt. Vorwärtsweisende Lehren daraus haben die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen

nicht gezogen. Mit ungeheuren ungedeckten Geldsummen soll erreicht werden, dass die alten, das Leben auf unserem Planeten bedrohenden zerstörerischen Zustände, wiederhergestellt werden.

Wir halten stattdessen eine **grundlegende Änderung der Lebensweise** für zwingend notwendig:

**Schluss** mit einer außer Rand und Band geratenen Konsum- und Vergnügungsgesellschaft und der Verdummung der Massen mit Hilfe der Medien. Produkte, die keiner braucht, werden mit irrsinnigen Werbeaktionen den Menschen aufgeschwätzt, nur um einen nutzlosen Umsatz zu generieren im Namen des Profits. Diese Produktionsweise schadet der Umwelt, sie dient nur dem Profit. Besinnung auf eine vernünftige menschenwürdige Lebensführung.

**Schluss** mit der Herrschaft des Finanzkapitals und seiner Spekulanten. Schluss mit der Schöpfung von Geld und Reichtum ohne Arbeit.

**Schluss** mit der Ansammlung von gigantischem Reichtum bei Wenigen und gigantischer Armut bei den Meisten weltweit.

Schluss mit der Herstellung billiger Lebensmittel und Kon-

sumwaren und der Ausbeutung von Rohstoffen und Energien in den ärmsten Ländern unter menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

**Schluss** mit der Zersplitterung der Produktion rund um den Erdball. Folglich Schluss mit dem sinnlosen Transport von Waren und Menschen rund um den Globus zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Besinnung auf die eigenen Ressourcen und Möglichkeiten.

**Schluss** mit der, dem Profit dienenden, Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen, des Wohnungswesens, von sozialen Diensten, des öffentlichen Verkehrs, der Energieversorgung, in Bildung, Kultur und Sport. Rückführung in staatliches, genossenschaftliches und kommunales Eigentum mit dem Ziel, die Daseinsfürsorge der Bevölkerung zu decken.

Vor allem: **Schluss** mit kriegerischen Abenteuern, der Herstellung und dem Export immer neuer Rüstungsgüter rund um den Erdball.

**Wir betrachten** mit Sorge, dass von den Herrschenden die Pandemie missbraucht wird, um ein gescheitertes Gesellschaftssystem nicht nur zu restaurieren, sondern expansiv und gewaltsam rund um den Erdball zu installieren.

**Wir befürchten**, dass die Bekämpfung der Pandemie zum Vorwand wird, um durch Sparorgien neue Lasten auf die Bevölkerung abzuwälzen und demokratische Grundrechte weiter abzubauen.

**Wir rufen** alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich derartigen Bestrebungen öffentlich zu widersetzen. **Wir ermutigen** und unterstützen insbesondere die jungen Generationen darin, aktiv ein friedliches, sozial gerechtes und die Umwelt schonendes Gesellschaftssystem einzufordern.

**Wir fordern** alle linksorientierten Parteien, Verbände und Organisationen auf, ideologische und personelle Vorbehalte zurück zu stellen und **sich gemeinsam für die Erreichung dieser überlebenswichtigen Ziele zu verbünden.**

# Eine politische Bilanz – 30 Jahre Anschluss der DDR an die BRD

Die Bundesregierung hat am 16.9.2020 den »Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020« bestätigt, in dem das 30-jährige Jubiläum der »Wiedervereinigung« als eine Erfolgsbilanz gefeiert wird. Dem nachdenklichen Leser, wenn er noch dazu die DDR selbst erlebt hat, stellt sich die Frage: Bildet der Bericht wirklich ab, was nach 30 Jahren ist und wie es heute um das Lebensgefühl der ehemaligen Bürger der DDR steht? Oder scheint er, wie gehabt, vielmehr eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit zu sein, das den Qualitätsmedien und nicht nur ihnen für die nächsten 30 Jahre »Futter« gibt für die Verleumdung und Delegitimierung des Gemeinwesens DDR. Zu Letzterem macht der Bericht eine wesentliche Aussage:

*»Mit einer umfassenden Fördermaßnahme stärkt die Bundesregierung seit 2018 die Forschung zu Geschichte und Erbe der DDR. Ziel ist es, die öffentliche Debatte über die DDR und ihre Spätfolgen zu intensivieren, denn auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen eine bleibende gesellschaftspolitische Aufgabe.«*

Also für weitere 30 Jahre können sich die »Aufarbeiter« abarbeiten, dann haben sie endgültig die Deutungshoheit, weil keiner, der es selbst erlebt hat, als Zeitzeuge noch da ist.

Es ist durchaus anzuerkennen, dass in den vergangenen 30 Jahren manches erreicht wurde, aber die Darstellung und Wertung dieser Ergebnisse erfolgt ohne Bezug und Anerkennung der Ausgangsbasis, ohne eine ehrliche Bilanz dessen, was von den Bürgern der DDR in 40 Jahren auf den Gebieten von Politik und Wirtschaft, von Bildung, Kunst und Kultur geschaffen wurde. Im Gegenteil, hier wird mit wenigen Ausnahmen von den üblichen Falschen, ja sogar verlogenen Klischees ausgegangen. Dieses Herangehen soll den Grund zum Feiern in ein besseres Licht stellen.

Der Bericht erwähnt »12 beschlossene prioritäre Maßnahmen auf dem Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen.« Frieden, Verbundenheit und Freundschaft mit anderen Völkern und die guten Erfahrungen der DDR-Bürger gerade in dieser Frage kommen darin nicht vor. Die konsequente Friedenspoli-

tik ihres Staates wurde von der großen Mehrheit der Bürger der DDR getragen, ja verinnerlicht. Sie war die Grundlage für vielfältige gesellschaftliche Aktivitäten, in Bildung und Erziehung, für ganz persönliche Beziehungen zu den Menschen anderer Völker, insbesondere den Völkern der Sowjetunion. Sie war die Grundlage für politische und praktische Solidarität mit anticolonialen und antiimperialistischen Bewegungen in vielen Teilen der Welt.

Viele ehemalige DDR Bürger sind besorgt darüber, welch verfälschtes und verdrehtes Geschichtsbild ihnen, ihren Kindern und Enkeln vermittelt werden soll. Sie lassen sich aber nicht davon abbringen, gerade heute, wo die Beziehungen zu Russland von der Politik der BRD schwer belastet werden, in guter Tradition aus der Zeit der DDR viele freundschaftliche Beziehungen zu Menschen und Organisationen in Russland zu pflegen.

Mit dem Anschluss an die BRD wurde den DDR-Bürgern bald klar, dass diese Politik ihres Staates für die neuen Herren obsolet ist. Sie gerieten in einen Staat, der wieder »Verantwortung« in der Welt tragen soll, wie es die Eliten verkündeten. Sie wurden vereinnahmt für eine Politik der verdeckten Aggression nach außen, sie wurden integriert in die NATO und in die Prozesse der allgemeinen Militarisierung, sie sind konfrontiert damit, wie die Bundesrepublik in Größenordnungen Rüstungsgüter exportiert, auch in sogenannte Krisenländer, wohin das eigentlich untersagt ist. Der deutsche Imperialismus und seine politischen Eliten haben über die Jahre offen und verdeckt einen gnadenlosen Kampf gegen die DDR geführt und führen ihn heute noch. Diesen Geist atmet auch der vorliegende Bericht – gewiss nicht so vordergründig, wie hier gesagt. Überall dort, wo es um die politische Bewertung der Existenz und des Lebens in der DDR geht, werden Tatsachen verschwiegen, verleumdet oder abqualifiziert bis auf wenige Ausnahmen, die auch positive Beispiele (Polikliniken) gelten lassen.

Im Jahre 1990 wurden die Bürger der DDR aufgerufen, die Unzufriedenheit mit ihrem Staat – die es ohne Zweifel gab – wirksam auf die Straße zu tragen, um politischen

Druck für Veränderungen zu schaffen. Die westlichen Eliten witterten ihre Chance und sorgten dafür, dass dieser Prozess mit einer nie dagewesenen Medienkampagne orchestriert wurde und in die richtigen Kanäle lief. Da war die Rede von blühenden Landschaften, von den Segnungen der sogenannten sozialen Marktwirtschaft, von den Chancen in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD und davon, dass ein geeintes Deutschland fortan »Friedensverantwortung« in Europa wahrnehmen könnte. Die Lügen konnten größer nicht sein. Die D-Mark sollte es richten. Wohlbedachten Vorschlägen, die angestauten Probleme im Land mit eigener Kraft und eigenen Ideen zu lösen, wurde keine Chance gegeben, obwohl auch sie einen Platz in diesem Bericht verdient hätten.

In einem Bericht über den Stand der deutschen Einheit darf die Treuhandanstalt nicht fehlen, immerhin war sie doch das Hauptinstrument zur Zerstörung der Volkswirtschaft der DDR im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals.

Dieser Vorgang mit all seinen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen wird von vielen Experten, national und international, als einmalig bezeichnet, was nicht unbedingt positiv gedacht ist. Aber er war politisch gewollt, auch sein Tempo.

Im Bericht ist dazu zu lesen:

*»[...] Der Treuhandanstalt war die gewaltige Aufgabe übertragen worden, aus dem Erbe der DDR-Wirtschaft eine privatwirtschaftlich organisierte Unternehmensstruktur zu schaffen. Dazu waren ihr zum Stichtag 1. Juni 1990 etwa 8.500 Betriebe mit über vier Millionen Beschäftigten übertragen worden [...] Die Bedingungen für eine erfolgreiche Privatisierung waren kaum gegeben. Die DDR-Kombinate waren meist durch stark veraltete Produktionsanlagen geprägt, [...] und den dadurch verursachten weitgehenden Verlust ihrer bisherigen Absatzmärkte im Osten. Schnelle tarifliche Lohn erhöhungen erschwerten es vielen Unternehmen zusätzlich, profitabel wirtschaften zu können [...]«*

Als die Treuhandanstalt ihre Arbeit beendet hatte, waren ca. 3.700 Betriebe stillgelegt mit dem Ergebnis von Massenentlassungen. Pri-

vatisierungen und Liquidationen kosteten bis Ende 1994 fast zwei Drittel aller Arbeitsplätze unter der Verantwortung der Treuhand. Auch in bereits privatisierten Betrieben und in anderen Teilen der Wirtschaft wurde weiter Personal abgebaut. Die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Ländern sank um ein Drittel von 9,7 auf 6,2 Millionen. Weniger als 30 Prozent aller Beschäftigten in der ehemaligen DDR besaßen im Jahr 1993 noch den gleichen Arbeitsplatz wie vor der Wende (Zahlen sind dem Bericht entnommen).

Die Abrechnung mit denen, die dem Westen 40 Jahre lang die Stirn geboten hatten, und die Zerlegung der Beute wurden vollzogen. In beispielloser Art und Weise erfolgten die Vernichtung des Volkseigentums, von Leistungen und Erfahrungen der Menschen beim vierzigjährigen Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens auf dem Territorium der DDR. An die Stelle der verbal immer wieder betonten »sozialen Marktwirtschaft« trat der neoliberale, entfesselte Kapitalismus in Aktion. Die zur Verwertung des »übernommenen« Volkseigentums eingesetzte Treuhandanstalt organisierte nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen die größte Vernichtung bzw. den Transfer von Volksvermögen aller Zeiten. Was für ein Verlust!

Noch heute hat »der Osten« einen deutlichen Rückstand in der ökonomischen Leistungsbilanz zur Alt-BRD, wird dort für niedrigere Tarife und länger gearbeitet. Im Alltagsbewusstsein von vielen ehemaligen DDR-Bürgern, konfrontiert mit den kapitalistischen Verhältnissen und ihrer neoliberalen Machart, spielen heute noch Bezüge auf bessere Lösungen oder Verhältnisse »in der DDR« eine Rolle.

Beträchtliche Probleme ergeben sich für die Bürger im Vergleich zu den Verhältnissen in der DDR im Zusammenhang mit der fast flächendeckenden Privatisierung der Daseinsvorsorge, die letztendlich am Profit und nicht am gesicherten Dasein der Menschen, ihren Nöten und Bedürfnissen orientiert ist.

Und so liegt die Last der ökonomischen Verwerfungen, aber auch der Gefahren von Krisen und Krieg bei den einfachen Menschen. An die Stelle der im Grundgesetz verankerten, aber nie verwirklichten

»Sozialpflichtigkeit des Eigentums« trat verstärkte Umverteilung von unten nach oben. So stellt sich nach 30 Jahren bei kritischer und nachdenklicher Betrachtung die Situation in den sogenannten neuen Bundesländern – und nicht nur dort – dar.

Nun brechen die Widersprüche dieses neoliberalen kapitalistischen Systems immer mehr auf, ein Nährboden auch für rechtspopulistische, aber auch rechtsradikale Gesinnungen und Aktivitäten. Es wächst das Bewusstsein der Menschen, dass die Entwicklung dieses Systems für ihre Zukunft und die ihrer Familien nicht günstig sein kann und durch organisierten Widerstand aufgehalten werden muss. Widerstand, der sich mehr und mehr in Streiks und Protestdemonstrationen manifestiert. Immer öfter erschallt die Forderung: **Eine andere Welt muss her – eine andere Welt ist möglich!**



Bild: R. Goertling

rungsplan, der mir persönlich ermöglichte, mich zum Meister zu qualifizieren und die Leitung eines Arbeitskollektivs junger Frauen zu übernehmen.

Natürlich hatten wir im Betriebsgeschehen auch Probleme und Konflikte, die meist in kameradschaftlichen Aussprachen oder, in komplizierteren Fällen, in der Konfliktkommission geklärt wurden. Ich bin – wie man so sagt – in der Arbeit im Betrieb, in der Gewerkschaft mit den Kollegen »aufgegangen«. Die Tätigkeit in der Gewerkschaft hat mir Spaß gemacht, wenn es auch manchmal nicht leicht war. Aber es ging um meinen Betrieb, um meine Kollegen. Ihr Vertrauen hat mich für drei Jahre zum Lernen an die Gewerkschaftshochschule gebracht und ich wurde danach zum stellvertretenden Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt, bis 1989. Diese Tätigkeit auch in anderen gewerkschaftlichen Funktionen – war für mich immer eine Herausforderung, für die Kolleginnen und Kollegen ein Interessenvertreter zu sein.

Warum habe ich das alles erzählt? Seit 1989 ist mein Leben aus den Fugen geraten. Ich habe mein zu Hause, die DDR, verloren. Demütigungen – meine Arbeitsbiographie und damit ein Stück meiner Menschenwürde wurde mir genommen. Ich wurde arbeitslos. In meinem Betrieb wurden zuerst die soziale Infrastruktur und danach die Arbeitsplätze vernichtet. Die »Segnungen« der sozialen Marktwirtschaft kamen über uns und dazu Arbeitslose und Obdachlose, geringere Tarife und Renten für die im Osten. Die westdeutschen Kapitalisten und ihre Eliten wollten nicht, dass es in Deutschland mit der DDR ein friedliebendes und sozialgerechtes Gemeinwesen gibt. Dafür gibt es – auch nach 30 Jahren – ein ganzes Gebäude von direkten und indirekten Verleumdungen dieses Staates. Ich habe versucht zu erzählen wie es war und die Behauptung wir DDR-Bürger hätten in einem »Unrechtsstaat« gelebt ist für mich die niederträchtigste Lüge.

Es wird die Zeit kommen, in der ehrlich und mit der notwendigen Sorgfalt die DDR-Geschichte, die Leistungen ihrer Bürger, auch im Hinblick auf Erhaltung des Friedens und Solidarität in Rahmen der Weltgeschichte zu analysieren und für den fortwährenden Kampf um soziale Gerechtigkeit nutzbar zu machen.

**Roswitha Goerling**

**OK**

## 30 Jahre »Beitritt«

Teil 2  
der Publikation  
»Der Verrat an  
den Bürgern  
der DDR ...«

Enthalten sind u. a.  
folgende Beiträge:

- Hans Bauer und Herbert Damm, Vorstand der GRH  
»Solidarität ist unsere Stärke«
- Rudolf Denner und Dieter Lämpe  
»Der Palast der Republik lebt«
- Prof. Dr. Ekkehard Lieberam  
»Kooperation statt Vereinigung«
- Andreas Maluga  
»Das DDR-Kabinett Bochung stellt sich vor«
- Rainer Rupp  
»NATO – Militarisierung und Expansion gegen den Feind im Osten«
- Die Beiträge von Helga Hörning, Helmut Semmelmann und Dr. Frank Wecker, sowie weitere Beiträge.

Auch diese Publikation kann ab der 1. Oktoberwoche in der Geschäftsstelle der GBM abgeholt bzw. abgefordert werden.

Durch das OKV wird über die Aktivtagung vom 5. Oktober eine CD hergestellt die für 5,00 Euro erhältlich ist.

Dieser Tag, der 3. Oktober 2020, ist für mich erneut Anlass, über mein bisheriges Leben nachzudenken. Ich bin 1940 geboren. Meine ersten Lebensjahre und frühkindlichen Erlebnisse sind mit den Auswirkungen des II. Weltkrieges, der von Deutschland ausgegangen war, verbunden. Es war ein Krieg mit ungeheuren menschlichen Leid, und unübersehbaren Zerstörungen der 1945 mit dem Sieg der Alliierten, zu dem die Sowjetunion die größten menschlichen und materiellen Opfer erbrachte, zu Ende ging. Als Berliner Kind haben mich die Schrecken und Trümmer des Krieges noch lange begleitet. Die Schule besuchte ich von 1946 bis 1954 und dann stand die Frage, welchen Beruf möchtest Du erlernen? Mein größter Wunsch war, Friseurin zu werden.

Aber es kam anders. Mein Vater war nicht so recht mit diesem Wunsch einverstanden und dazu kam noch die damals in der DDR entwickelte Bewegung »Frauen und Mädchen in Männerberufe« und es gab doch damals viele Mädchen, die diesen Weg gegangen sind, es war ein Stück des Weges zur Gleichberechtigung.

So erlernte ich den Beruf eines Mechanikers im VEB für Fernseh elektronik. Es war ein großer Betrieb mit ca. 9000 Beschäftigten, darunter ungefähr 50% Frauen und 1/3 Jugendliche. Das war eine neue Welt, die ich mir erschließen musste und

auch mit Interesse erschlossen habe. Es wurde mein Betrieb. Natürlich hatten wir eine FDJ-Gruppe, die für politisches Lernen und frohes Jugendleben sorgte aber auch Aufbauschichten in unserer Stadt leistete und manchmal auch aufs Land zur Hilfe fuhr. Mehr noch interessierte mich die Arbeit der Gewerkschaft. Nach Beendigung der Lehre kam ich in der Werkstatt des Betriebes in ein Männerkollektiv und da wurde nach der Gewerkschaft gefragt.

Die den Bürgern der DDR verbrieften Rechte, zuallererst das Recht auf Arbeit aber auch das Recht auf Bildung, auf allseitige gesundheitliche Betreuung und auf die Teilhabe an Kunst und Kultur – als Beispiele – wurden in hohem Maße mit Hilfe der Gewerkschaft in den Betrieben wirksam. So auch in meinem Betrieb. Mit den Jahren entwickelte sich beim Betrieb eine ganze Infrastruktur von sozialen Einrichtungen – von Ferienheim, über Betriebsküche und Poliklinik bis zum eigenen Kulturhaus mit anspruchsvollen Programmen (um einige zu nennen). Die Gewerkschaft hatte maßgeblichen Einfluss darauf und trug auch gemeinsam mit der Direktion dafür Verantwortung. Das wurde auch jedes Jahr mit dem Produktionsplan im Betriebskollektiv-Vertrag verhandelt und in den Arbeitskollektiven diskutiert und letztendlich beschlossen. Dazu gehörte ein Frauenförde-

# Ein Wandbild wird gerettet

Am 9. November begehen wir den 100. Geburtstag des Malers Willi Neubert. Im Hüttenmuseum seiner Heimatstadt Thale wird bis zu diesem Tag eine Ausstellung seiner Werke gezeigt, die am 19. September 2020 eröffnet wurde. Mit dieser Bilderschau ehrt die Stadt einen ihrer großen Söhne, dessen künstlerischer Nachlass liebevoll von seiner Familie gepflegt und bewahrt wird.

Wir erinnern uns an seine großartige Ausstellung im Jahr 2005 in der GBM-Galerie in der Berliner Weitlingstraße. Noch vor seinem Tod 2011 hatte er erleben dürfen, wie er 2006 zum Ehrenbürger ernannt wurde und wie sich der Bürgermeister für die Rettung seines Wandbildes »Internationale Solidarität« engagierte. Dieses Bild war in der von ihm entwickelten Technik der Emailmalerei auf Stahlplatten entstanden und zu DDR-Zeiten gemeinsam mit zwei weiteren Bildern an der Fassade der Suhler Stadthalle angebracht worden. Nach der »Wende« wurden diese Bilder entfernt, eingelagert und so jahrelang aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt. Es war ein Glück für ihn, als anlässlich seines 90. Geburtstages am 9. November 2010 sein Wandbild als Dauerleihgabe der Stadt Suhl in Thale an repräsentativer Stelle im öffentlichen Stadtraum am Eingang des Bodetales wieder feierlich übergeben wurde. Dieses Bild demonstriert beispielhaft seine menschliche Haltung, seine Fähigkeit zur kompositorischen Beherrschung großer Flächen und seinen künstlerischen Bezug zur klassischen Moderne, vor allem zum Werk Picassos und Légers. Willi Neubert erarbeitete wichtige Voraussetzungen dafür, dass gemeinsam mit dem Eisenhüttenwerk

und der Halleschen Hochschule für Industrielle Formgestaltung in Thale ein von ihm geleitetes Institut für baugebundene Kunst entstand, in dem die Emailmalerei auf Metallplatten zur wandgerechten bildlichen Darstellung an Bauwerken als eigenständige Technik entwickelt werden konnte. Diese Methode wurde von ihm entscheidend geprägt. Sie erfordert einfühlsames Hineindenken in die Veränderungen der Emailfarben beim Aufschmelzen und hat zugleich den Vorteil, dass sich diese Bilder bei jedem Regenguss selbst reinigen. Hier vereinigten sich seine Erfahrungen als Stahlwerker und Künstler. Es entstanden dreizehn Wandbilder, die Willi Neubert in dieser Technik schuf. Von diesen dreizehn sind sieben noch unverändert zu sehen. Andere wurden zu Opfern des Wende- und Nachwendevandalismus. Sein Email-Fries am Berliner Pressecafé wurde 1970 angebracht; es umschließt den oberen Teil des Baukörpers, ist 76 Meter lang und 3,50 Meter hoch. Für diesen Standort hatte es mehrere Konzepte gegeben, darunter einen Entwurf des Womacka-Schülers Heinrich Tessmer. Man entschied sich für Neuberts Vorschlag. Dieser Fries war Teil eines Ensembles von Kunstwerken, die mit den Neubauten am Alexanderplatz entstanden: Walter Womackas Wandmosaik am Haus des Lehrers, das Kupferrelief am Haus des Reisens, sein Brunnen der Völkerfreundschaft, Erich Johns Weltzeituhr, die Bauarbeiterdenkmale von Gerhard Thieme und Gerhard Rommel und andere. Noch ist Neuberts Fries mit einer Gaststätten-Reklame verdeckt. Doch es gibt seit einiger Zeit das konkrete Vorhaben, ihn im Zusammengang mit einer kompletten Fassadensa-



▲ Willi Neubert. Wandfries an der Fassade des Pressecafés am Alexanderplatz. Emailmalerei auf Stahlplatten 1969/70. 1989/90 mit einer Gaststätten-Reklame verdeckt. Vorgesehen sind eine komplette Fassadensanierung und eine Restaurierung des Frieses

▲ Willi Neubert (rechts) im Gespräch mit dem Maler Wolfram Schubert, mit Dr. Harald Bühl (FDGB) und Dr. Peter Michel während der Eröffnung seiner Ausstellung 2005 in der GBM-Galerie

nierung des unter Denkmalschutz stehenden Pressehochhauses wieder freizulegen und zu restaurieren. Im Jahr 2021 – eventuell schon im Frühjahr – soll er wieder eingeweiht werden. Das Denkmalamt des Berliner Senats plant dafür eine besondere Veranstaltung; der Enkel Willi Neuberts wird eine Ausstellung aus dem Werk seines Großvaters aus diesem Anlass vorbereiten. Wieder ein Sieg der Vernunft! Vor dem Abriss des Palastes der Republik verschwand auch Willi Neuberts Ölgemälde »Gestern – Heute«, das 1975 entstand und Elemente simultaner Darstellung vereinigte, im Depot des Deutschen Historischen Museums. Das Hüttenwerk und das Institut in Thale existieren nicht mehr; sie wurden »abgewickelt«. Vor mehr als zwei Jahren beschädigten Unbekannte eine Emaille-Platte am Grab Willi Neuberts und seiner Frau auf dem Friedhof in Thale. Die Täter wurden nicht ermittelt.

Am Werk Willi Neuberts berührt die Unmittelbarkeit des Empfindens, das kraftvoll Widersprüchliche und die eigenwillige Verallgemeinerungsweise der Darstellung, die Direktheit beim Hinlenken auf das Wesentliche. Die Tendenz zur großen Form, wie sie für Wandbilder gebraucht wird, findet sich auch in kleineren Formaten und in exzellenten Holzschnitten wieder. In seinen Bildern spiegelt sich die Geradheit seines Wesens. Damit hatte er auch zu DDR-Zeiten manche Probleme, denn auch dort gab es bis in die Sechzigerjahre hinein – und teilweise noch später – genügend Beckmesser, die genau wussten, wie die Künstler zu malen hatten. Mit seiner unbeirrbarsten Haltung stärkte er so manchem Künstlerkollegen, darunter Willi Sitte, in Krisensituationen den Rücken. Und das wird nicht vergessen, auch heute nicht – in einer Zeit des manipulierten Gedächtnisverlusts.

**Dr. Peter Michel**

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Bundesvorstand der GBM traf sich Anfang September zu seiner turnusmäßigen Sitzung. Im Mittelpunkt der Beratung stand der Austausch über die gegenwärtige Situation in unserer Organisation, die – wie auch in allen Bereichen der Gesellschaft – von Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt ist. Dazu wurde beschlossen, dass durch die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes Kontakt zu den Ansprechpartnern in den Ortsverbänden aufzunehmen ist, um mit ihnen zu beraten, wie der

Bundesvorstand die Arbeit in den Ortsverbänden unterstützen kann. In diesem Zusammenhang wurde erneut darauf verwiesen, welche Bedeutung der Zusammenarbeit mit den lokalen Vorständen des RotFuchs-Fördervereins, der GRH, von ISOR und anderer gleichgesinnter Organisationen zukommt. (siehe dazu auch den Bericht aus dem Ortsverein Barnim). Die gemeinsame Beratung mit den Vorständen des OKV, von GRL und ISOR dazu soll im vierten Quartal stattfinden.

Weiterhin beschäftigte sich der Vorstand mit den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der »Wiedervereinigung«. Unter Berücksichtigung der Raumsituation werden Mitglieder des Vorstandes an der Aktivberatung am 5. Oktober teilnehmen. Ebenso wurde darüber informiert, dass im zweiten Teil der Broschüre, die vom Präsidium des OKV aus diesem Anlass herausgegeben wird, die GBM mit zwei Beiträgen vertreten ist. Helga Hörning und Helmut Semmelmann ziehen eine politische Bilanz nach 30 Jahren des Anschlusses; Dr. Frank Wecker

beschäftigt sich mit der politischen Zerstörung der Sprache (bereits in »akzente« veröffentlicht). Für Dr. Carola Weiss, die an der Teilnahme der Beratung verhindert war, nahm Lothar Hering vom Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen teil. Er informierte ausführlich über die geplanten Vorhaben, die noch in diesem Jahr realisiert werden sollen und gab einen Ausblick auf die Planung für das kommende Jahr, natürlich mit dem Hinweis, dass alles, was geplant ist, unter dem Vorbehalt möglicher Veränderungen steht.

Aus den  
Ortsverbänden

## OV Barnim

Es war in der DDR gute Tradition, jeweils am zweiten Wochenende im September der Opfer des Faschismus zu gedenken, sie zu ehren und aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass so etwas, wie in der Zeit des Faschismus geschehen, nie wieder passieren kann. Auch in diesem Jahr wurden in Ortsverbänden der GBM gemeinsam mit Vertretern des RotFuchs-Fördervereins, von GRH und ISOR ehrende Veranstaltungen durchgeführt. Beispielhaft stehen hier die Worte von Martin Günther, einem Vertreter des »Territorialen Bündnis Bernau und Umgebung«, die er am 13. September am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau sprach:

»Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Friedensfreundinnen und -freunde, der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch: rassistische Hetze wird wieder in Teilen der Bevölkerung widerspruchslos hingenommen, in Parlamenten wird mal mehr, mal weniger verblümt gehetzt, Errungenschaften der Frauenbewegung werden offen von rechts in

Frage gestellt. Erst vorgestern stellte die Polizei im Raum Hamburg bei bekennenden Faschisten 250 scharfe Waffen, darunter Kriegswaffen, sicher. In den Sicherheitskräften gibt es offensichtlich rechte Netzwerke. Und ein bürgerlicher Innenminister will nicht erkennen, dass es nicht nur Einzelfälle sind und es ein strukturelles Problem gibt. Ja, an manchen Tagen steht man sprachlos da und fragt sich: Ist es schon wieder 1933?

Kästner hat mal gesagt: »Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten.

Ich will ergänzen: als ersten Schritt müssen wir Faschisten als das bezeichnen, was sie sind: Faschisten. Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Friedensfreundinnen und -freunde, Nein, 2020 ist nicht 1933. Diese Woche allein haben wir gesehen, wie spontan bundesweit zehntausende Menschen auf die Straße gegangen sind, als es darum ging zu fordern, Menschen aus Moria zu evakuieren. Nein, Moria ist nicht Buchenwald. Die Unmenschlichkeit, die hinter der Existenz von Moria steckt, ist gleichwohl ähnlich wie die, die letzt-



lich zum Lager von Buchenwald geführt hat.

Es gibt Hoffnung, fast überall wo Faschisten zusammenkommen, gibt es Widerstand. Doch wir dürfen nicht nachlassen. Und das tun wir auch nicht. Heute gedenken wir hier. Gedenken heißt erinnern, damit es nicht wieder passiert.

Doch wir werden nicht allein durch Widerstand die Faschisten aufhalten, es braucht mehr. Schon der Schwur von Buchenwald war da klar. Wir müssen an starken Bündnissen arbeiten, wie wir sie schon gesehen haben mit dem Bündnis »Unteilbar«, in dem Gewerkschaften, Umweltverbände, Sozialverbände, Sportvereine, Frauengruppen, religiöse Organisationen und viele mehr zusammen gewirkt haben gegen die Spaltung der Gesellschaft von rechts. Diese gesellschaftlichen Bündnisse sind nicht nur ein Bollwerk gegen rechts, sie können auch der Nukleus eines nötigen so-

zial-ökologischen Systemwandels sein, der uns dem Ziel des Schwurs von Buchenwald: dem Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit näher bringt.

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Friedensfreundinnen und -freunde, lasst heute jede niedergelegte Blume eine Erneuerung des Schwurs von Buchenwald sein:

Die Vernichtung des Nazismus auf seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Lasst uns in Wort und Tat beharrlich daran weiterwirken.

Lasst uns nun unsere Blumen niederlegen.«

Neben Martin Günther erinnerten weitere Redner\*innen an das Wirken von antifaschistischen Kämpfer\*innen aus der unmittelbaren Umgebung.

# Wir beglückwünschen alle Jubilare

## des Monats Oktober 2020



**zum 99. Geburtstag**  
Ilse Mehlhorn, Berlin

**zum 98. Geburtstag**  
Ursula Pohl, Leipzig

**zum 97. Geburtstag**  
Margot Richter, Dresden

**zum 96. Geburtstag**  
Miriam Pandor, Berlin  
Hildegard Parchmann, Schwerin

**zum 95. Geburtstag**  
Ruth Müller, Berlin  
Christel Oppitz, Jena

**zum 94. Geburtstag**  
Eva Kulms, Marksuhl  
Hanna Scharfenstein, Berlin

**zum 93. Geburtstag**  
Erika Jahnke, Berlin  
Dr. Peter Knoll, Berlin  
Ursula Richter, Dresden  
Heinz Troppenz, Berlin

**zum 92. Geburtstag**  
Hermann Bewarder, Berlin  
Prof. Dr. Gerd Friedrich, Berlin  
Gertrud Lobenstein, Berlin  
Helmut Pannhausen, Berg-  
holz-Rehbrücke  
Gunter Rödiger, Gera

**zum 91. Geburtstag**  
Dr. Werner Ettelt, Berlin  
Horst Jablonski, Berlin  
Willi Knaak, Wandlitz  
Dr. Marta Kokoschko, Schöneiche  
Kurt Lippold, Berlin  
Elli Müller, Kamenz  
Dr. Hans Probst, Berlin

**zum 90. Geburtstag**  
Rudolf Baumgart, Berlin  
Reinhold Becker, Erfurt  
Günther Feihe, Bernau  
Leni Hoffmann, Dresden  
Martin Kelm, Losten

Erika König, Halle/Saale  
Lieselotte Müncheberg, Schöneiche  
Hans-Rainer Otto, Berlin  
Waltraud Seifert, Berlin  
Werner Wünschmann, Berlin

**zum 89. Geburtstag**  
Horst Bremer, Schwerin  
Hannelore Butters, Eichwalde  
Dr. Klaus Gäbler, Berlin  
Anita Ott, Berlin  
Dr. Helmut Schlotzhauer, Berlin  
Ursula Voggenauer, Berlin

**zum 88. Geburtstag**  
Rosi Bleich, Potsdam  
Dr. Sigtraut Finzelberg, Berlin  
Ellinor Hartkopf, Mühlhausen  
Jürgen Hensel, Dippoldiswalde  
Ingrid Schulze, Berlin  
Dr. Hans Watzek, Berlin

**zum 87. Geburtstag**  
Eva Brennenstuhl, Berlin

Eva Hennig, Berlin  
Dr. Erika Kücklich, Berlin  
Oda Maiwald, Jena  
Horst Meyer, Berlin  
Reiner Reichel, Berlin

**zum 86. Geburtstag**  
Ingrid Apitz, Altenberg  
Hannelore Kelling, Berlin  
Inge Nestler, Berlin  
Marianne Strauch, Magdeburg

**zum 85. Geburtstag**  
Hanna Greiner-Bär, Berlin  
Walter Schmidt, Gera  
Gertraud Smukalski, Witterda

**zum 80. Geburtstag**  
Marlene Blumentritt, Cottbus  
Prof. Roswitha März, Berlin  
Ilse Nisch, Berlin

**zum 75. Geburtstag**  
Sylvia Vogler, Weißenfels

## 9 Mitglieder


9 Mitglieder überwiesen im September 2020 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

**Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:**  
Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36  
BIC BELA DEBE XXX  
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

**Kundenreferenzen (1. Zeile):**  
Spende

**Verwendungszweck (2. Zeile):**  
St.-Nr. 27/666/53250

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

### Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630  
10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)  
Tel.: 030 2978-4688  
Fax: 030 2978-4689  
E-Mail: gbmev@t-online.de  
Website: www.gbmev.de

### Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr  
Fr. 9.00–12.00 Uhr

### Bankverbindung

Berliner Sparkasse  
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36  
BIC BELA DEBE XXX

### Erscheinungsweise

monatlich

### V. i. S. d. P.

Helga Hörning  
Redaktion: Jörg Pauly

### Redaktionsschluss

25. September 2020

### Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe  
30. Oktober 2020

### Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel. 030 2978-2900

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

# Herbstveranstaltung der GBM und ihres AK Kultur- und Bildungsreisen am 12. November 2020

## Corona-Regeln beachten!

**Die gute Nachricht:** Die traditionelle Herbstveranstaltung der GBM und ihres AK Kultur- und Bildungsreisen findet am 12. November 2020 im Münzenbergsaal im Bürogebäude am Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin statt. Wir bedanken uns bereits an dieser Stelle für die vielen Anmeldungen und das große Interesse.

**Die nicht so gute Nachricht:** Die aktuellen Corona-Regeln und die absehbare Entwicklung lassen nur maximal 50 Personen bei Veranstaltungen im Münzenbergsaal zu. Das ist sehr bedauerlich. Wir mussten unser Konzept ändern, aber das Wesentliche bleibt erhalten.

Wir werden den Vortrag von Dr. Arnold Schölzel, Vorsitzender des RotFuchs Fördervereins e.V. und langjähriger Chefredakteur der Tageszeitung »junge Welt«, zum Thema **»Der 75. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus – ein besonderes Datum in einem besonderen Jahr«** hören.

Frau Dr. Carola Weiß, die Leiterin des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen, wird das **Reiseprogramm** für das kommende Jahr vorstellen. Wie gewohnt werden **Reiseflyer** zum Mitnehmen ausliegen und **Reiseanmeldungen** können abgegeben werden. Die Veranstaltung bietet auch Gelegenheit, den **neuen Veranstalter** der Reisen des Arbeitskreises Martin Kaule kennenzulernen.

**Teilnehmerkreis:** Wir haben alle Anmeldungen mit dem Anmeldedatum notiert, so dass die 50 Personen, welche sich zuerst angemeldet haben, an der Veranstaltung teilnehmen können. Sie werden telefonisch benachrichtigt, genauso wie jene, die wir nicht mehr berücksichtigen können. Alle, die nicht zur Veranstaltung kommen können, erhalten das Reiseprogramm per Post.

**Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr und wird gegen 13 Uhr beendet sein.** Der Einlass erfolgt ab 9.30 Uhr. Wir haben Anwesenheitslisten mit den erforderlichen Kontaktdaten vorbereitet, die Sie bitte auf die Richtigkeit prüfen, ggfs. ändern bzw. ergänzen und unterschreiben möchten. Das Tragen einer Maske ist erforderlich. Sie kann nach Einnahme des Platzes im Saal abgelegt werden.

Der Eintritt ist kostenlos. Über Spenden vor Ort freuen wir uns jedoch sehr.

An dieser Stelle noch eine **dringende Bitte:** Sollten Sie sich angemeldet haben und nicht zur Veranstaltung kommen können, sagen Sie bitte ab bei:

### Geschäftsstelle der GBM

Tel: 030-29784688,

E-Mail: gbmev@t-online.de

### AK Kultur- und Bildungsreisen

Dr. Carola Weiß,

Tel: 0173-6102512,

E-Mail: gbm.dr.weiss@gmail.com

Wir tun unser Bestes, dass auch unter diesen Bedingungen die Mitglie-

der und Sympathisanten der GBM, der ISOR und der GRH, des Fördervereins »Rotfuchs« e.V. sowie des Freundeskreises der Sportsenioren unser Reiseprogramm bekommen und im Kreis Gleichgesinnter links wo das Herz ist auf Reisen gehen. Dafür werden wir verstärkt die Zeitschrift »akzente« und unsere Website [www.reisen.gbmev.de](http://www.reisen.gbmev.de) nutzen. Vielleicht ist auch eine monatliche »Reisesprechstunde« der Leiterin des Arbeitskreises im Haus am Franz-Mehring-Platz eine gute Idee.

Dr. Carola Weiß

## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

**Paul Gerhard Bloch**  
Berlin

**Prof. Dr. Ruth Klein**  
Berlin

**Erwin Markiewicz**  
Berlin

**Hans Meytzeich**  
Potsdam

**Rosemarie Naumann**  
Berlin

**Helga Reiche**  
Strausberg

**Hans-Georg Seeber**  
Berlin

**Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.**